B1 GRÜN initiiertes Antrag für den nächsten Rat zum Thema "Folgen der Energiekrise mildern"

Antragsteller*in: Marcel Gießwein (für die Ratsfraktion)
Tagesordnungspunkt: 2. Energie-Armut - Austausch zur Energiekrise und den sozialen und finanziellen Folgen; Auswirkungen auf unsere Arbeit vor Ort.

Bericht

1 Unsere Ratsfraktion hat einen Antrag zum Thema "Folgen der Energiekrise mildern"
2 initiiert und alle demokratischen Fraktionen dahinter versammeln können. Den
3 Antrag, der nächste Woche in den Hauptausschuss und den Rat geht findet ihr
4 unten:

5 Folgen der Energiekrise mildern

6 Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

7 die Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE
8 beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

9 1. Der Rat der Stadt Wuppertal appelliert an die Verwaltung, sich für
10 wirksame Maßnahmen einzusetzen, die insbesondere Personen mit niedrigen
11 Einkünften wirksam von zu hohen Energiekosten entlasten. Dies soll
12 insbesondere folgende Maßnahmen umfassen:

- 13 • ◦ Die Einführung einer Strom- und Gaspreislösung oder sonstige
14 Maßnahmen, die eine schnelle Entlastung der Verbraucherinnen und
15 Verbraucher ermöglichen.
- 16 ◦ Eine Überprüfung des Energiekostenanteils in den Regelsätzen des SGB
17 II und SGB XII sowie
- 18 ◦ Gewährleistung eines einfachen Zugangs für Verbraucherinnen und
19 Verbraucher zur Energie-Grundversorgung

20 2. Der Rat der Stadt schließt sich der Forderung des Städtetages NRW nach
21 einem Rettungsschirm für Stadtwerke an und setzt sich dafür ein, dass
22 Liquiditätshilfen für Stadtwerke möglich werden und - im Fall von hohen
23 Forderungsausfällen - ein Insolvenzmoratorium eingeführt wird.

24 3. Der Rat beauftragt die Verwaltung die Verbraucherzentrale so zu
25 unterstützen, dass die bestehenden Hilfs- und Beratungsstrukturen zum
26 Thema Energiearmut ausgebaut werden können. Angestrebt wird ein „Runder
27 Tisch Energiearmut“ mit enger Vernetzung relevanter Akteur*innen wie
28 Energieversorgern, Verbraucherzentrale, Wohnungswirtschaft, Wuppertal
29 Institut, Bergische Universität, Mietervereine, Wohlfahrtsverbände,
30 Kirchen, der zentralen Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle, dem
31 EnergieSparService der Caritas, der Agentur für Arbeit und des Jobcenters.
32 Ziele des Runden Tisches sollen unter anderem sein:

- 33 1. ◦ ein Verfahren und Maßnahmen zur Aussetzung von Strom- und Gassperren
34 in sozialen Härtefällen sowie zur Stundung bzw. Übernahme von
35 Stromschulden für den Winter 2022/23 zu erarbeiten und vorzuschlagen

- 36   ◦ einen freiwilligen befristeten Kündigungsschutz für in Zahlungsnot
37   geratene Mieterinnen und Mieter zu beraten
- 38   ◦ zusätzliche Unterstützungsangebote für die von den steigenden
39   Preisen besonders betroffenen Haushalte zu erarbeiten
- 40   ◦ Vorschläge zur finanziellen Stabilisierung und Ausbau schon
41   bestehender Versorgungssystemen für Menschen in Notlagen zu
42   erarbeiten.
- 43 4.   Der Rat beauftragt die Verwaltung, Gespräche mit den Verbänden der Freien
44   Wohlfahrtspflege und der Verbraucherzentrale aufzunehmen mit dem Ziel, die
45   Kapazitäten der bestehenden Sozialberatungsangebote in Wuppertal
46   entsprechend der Anforderung, die durch die bestehende Krise verursacht
47   sind, zu steigern.
- 48 5.   Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, umgehend eine mehrsprachige,
49   niedrigschwellige und großangelegte städtische Informationskampagne zu
50   erarbeiten, um die Wuppertaler*innen bestmöglich über die sozialen
51   Sicherungssysteme und bestehenden Hilfsangebote von Bund, Land und Kommune
52   zu informieren. Das betrifft sowohl die Maßnahmen der Entlastungspakte,
53   wie zum Beispiel die Ausweitung der Ansprüche beim Wohngeld oder dem
54   Kinderzuschlag, wie auch bestehende kommunale Beratungsangebote sowie die
55   allgemeinen Sozialberatungen der Freien Wohlfahrtspflege - wie bspw.
56   Energieberatung, Schuldnerberatung und weitere soziale Sicherungsnetze.
- 57 6.   Der Rat der Stadt Wuppertal appelliert an die WSW, ihre
58   Beratungskapazitäten zur Energieeinsparung im Sinne einer
59   niederschweligen, mehrsprachigen Beratung mit Tipps zur Energieeinsparung
60   und Kostenreduzierung zu intensivieren. Die Informationskampagne der Stadt
61   Wuppertal soll aktiv unterstützt werden. Für die Beratung von Kunden, die
62   in Zahlungsrückstand geraten sind, möge zudem eine personell verstärkte
63   Anlaufstelle geschaffen werden.
- 64 7.   Der Rat der Stadt unterstützt die Verwaltung bei der Zielsetzung,
65   kommunale Einrichtungen (Kulturstätten, Sporthallen, Schwimmhallen,
66   Bildungseinrichtungen, u. ä.) auch in dieser schwierigen Situation
67   geöffnet zu halten.

68 Begründung

69 Aufgrund des Krieges in der Ukraine und den damit verbundenen drastisch
70 steigenden Energiekosten sind viele Wuppertaler*innen in großer Sorge, ihre
71 Strom- und Gasrechnungen nicht mehr bezahlen zu können.

72 Schon jetzt gibt es vermehrt Rückmeldungen von Kund*innen der WSW, die ihre
73 gestiegenen Energiepreise kaum noch begleichen können. Dazu kommen weiter
74 steigende Lebenshaltungskosten aufgrund der hohen Inflation.

75 Die aktuelle Preisentwicklung kann deshalb für viele Menschen in unserer Stadt
76 zur existenziellen Bedrohung werden. Besonders betroffen sind neben Menschen im
77 Sozialleistungsbezug Wuppertaler*innen mit niedrigem Einkommen, die geringfügig
78 über der Anspruchsgrenze für Transferleistungen liegen. Die aktuelle Entwicklung

79 zeigt darüber hinaus, dass auch Haushalte mit höheren Einkommen mit erheblichen
80 Belastungen rechnen müssen.

81 Vorrangig sind Bund und Land gefordert, soziale Härten abzufedern und
82 insbesondere Personen mit niedrigem Einkommen zu entlasten. Die bisherigen
83 Entlastungspakete der Bundesregierung bieten dafür bereits erste Maßnahmen. Ob
84 sie auch mittel- und langfristig vor sozialen Härten schützen, ist angesichts
85 der dynamischen Lage ungewiss. Damit im bevorstehenden Winter niemand in unserer
86 Stadt mit diesen finanziellen Herausforderungen allein gelassen wird, müssen auf
87 allen Ebenen Maßnahmen ergriffen werden.

88 Zu 2. Für die Stadtwerke sehen die Kommunen große Risiken durch die drastisch
89 gestiegenen Energiepreise und eine erhebliche Zunahme von Zahlungsproblemen bei
90 privaten Endkundinnen und -kunden, Handwerksbetrieben oder Unternehmen. Zudem
91 können die Stadtwerke stark gestiegene Einkaufspreise trotz Umlage nicht einfach
92 weiterreichen.

93 Zu 4. Wuppertal verfügt schon jetzt über verschiedene Beratungsangebote, die in
94 der Krise Menschen umfassend helfen, sich zurecht zu finden und auch Beratung in
95 Energiefragen beinhalten. Diese sind innerhalb der allgemeinen Sozialberatungen
96 der Freien Wohlfahrtspflege erfasst (bspw. die Schuldnerberatungen, der
97 EnergieSparService, und das Beratungsangebot der Arbeitslosenhilfe) oder auch
98 die Energieberatung der Verbraucherzentrale. Dies sind wirksame Instrumente, um
99 die Wuppertaler*innen bei ihren Bemühungen zur Energieeinsparung zu
100 unterstützen.